Morgen-Ausgabe
No. 213 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Sonntag, 7. Mai 1911

Traub in Berlin.

Man schreibt uns:

Eph. 6, 14 und 17: Umgürtet eure Lenden mit Wahrheit und nehmet das Schwert des Geistes.

Die liberalen Parochialvereine der Kreissynode Berlin I veranstalten am Montag, 8. Mai, abends 8½ Uhr, in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 151/152, eine große öffentliche Versammlung, in der Pfarrer Lic. Traub-Dortmund das Hauptreferat halten wird über Römisch-Katholisches in der evangelischen Kirche".

Referent und Thema werden eine große Menge herbeilocken, denn über ein derartiges Thema zu reden ist wohl keiner so geeignet, wie Lic. Traub, einer der beiden „Beistände" in dem gegen Jatho schwebenden Irrlehrverfahren und einer der erfolgreichsten und geschicktesten Vorkämpfer für kirchlichen Liberalismus.

Allgemein wird Traub als zweites Opfer des Spruchkollegiums angesehen, und es vergeht wohl kaum ein Monat, in dem nicht Traub bei seinem Konsistorium und dem Evangelischen Oberkirchenrat denunziert wird, nach dem Kölner Vorbild meistens anonym.

Das Thema ist sehr akut, denn unsere evangelische Kirche und ihre offizielle Vertretung hat zu dem vielen Römisch-Katholischen, das seit der Reformation der evangelischen Kirche immer noch als Schlacke anhaftet, so viel hinzugefügt, daß zwischen der evangelisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Lehre kaum noch ein großer Unterschied besteht. Etwas Römisch-Katholisches und Unprotestantisches, um nur eins anzuführen, als das berühmte Spruchkollegium kann es kaum geben.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich jedermann beteiligen kann, werden unter anderen sprechen: Professor Dr. Mellmann, der Direktor der Königstädtischen Oberrealschule, Rechtsanwalt Dr. Krämer und Pfarrer Imig von der Adventskirche. Voraussichtlich werden aber auch noch andere bekannte liberale Geistliche das Wort ergreifen, und zeigen, daß die Gewissensmacht und Wahrheitsliebe eines freien Mannes sich auch dann nicht unterdrücken läßt, wenn ein Druck von dieser oder jener Seite ausgeübt wird. Ob das königliche Konsistorium wohl wieder, wie bei der großen und großartigen Jathoversammlung, ein „Verbot" an die Geistlichen erläßt, das nächster kein Verbot sein soll, aber dessen Uebertretung dennoch einen Verweis nach sich zieht? Wir denken, das Konsistorium hat sich von jener Blamage noch nicht genügend erholt, um schon die Kraft zu einem gleichen oder ähnlichen Akas zu besitzen.

Die Versammlung findet in den Prachtsälen des Ostens statt, in der Gegend der neuen Galiläagemeinde, die seit dem 1. April von der orthodoxen Samaritergemeinde abgezweigt ist, und demnächst die erste Kirchenwahl vorzunehmen hat. Allgemein hatte man erwartet, daß die Galiläagemeinde schon vor vielen Monaten selbständig werden und zum ersten Male wählen sollte, wie es recht und billig gewesen wäre. Die Liberalen hatten fleißig gearbeitet, und so viele Eintragungen von Gesinnungsgenossen herbeigeführt, daß, wenn die Wahlen damals stattgefunden hätten, ein erdrückender Sieg der Liberalen gewiß gewesen wäre. Das wollten die Orthodoxen natürlich nicht zugeben, und durch Machinationen aller Art, bei denen sie vom Konsistorium bezeichnenderweise nicht gestört wurden, wurde die Wahl immer und immer wieder hinausgeschoben, wodurch das Interesse der Liberalen allmählich erlahmen und den Orthodoxen Gelegenheit gegeben werden sollte, noch möglichst viele orthodoxe Wähler für die Eintragungen zu gewinnen. Dieser jesuitische Schachzug ist ihnen aber nur zum Teil gelungen. Und wenn die Orthodoxen sich auch triumphierend äußern, sie würden mit einer Majorität von hundert bis hunderfünfzig Stimmen siegen, so unterschätzen sie doch die wahre Stimmung und Gesinnung in jener Gegend. Wie bekannt, haben viele, zumal aus dem Beamtenstande, begreiflicherweise keine Veranlassung, offen ihren Liberalismus zu bekennen, da ja die vorgesetzte Behörde zumeist die königlich preußische schwarzblaue Richtung, den Orthodoxismus, in jeder Weise begünstigt und verzritt. Aber da die Wahl geheim ist, wird für die liberale Liste mancher Stimmzettel abgegeben werden, der nach orthodoxer Erwartung anders hätte lauten müssen. Hoffentlich und voraussichtlich werden in jener Versammlung auch manche Wähler erscheinen, die noch hin und her schwanken und nicht wissen, wen und was sie wählen sollen. Allen denen ist am Montag abend reichlich Gelegenheit gegeben, sich genau über alle einschlägigen Fragen orientieren zu lassen von berufenster Seite. Hoffentlich machen auch die Positiven von dem Recht der freien Aussprache reichlich Gebrauch, und hoffentlich werden sie in ihren eigenen positiven Versammlungen nun auch in entgegenkommender Weise den anwesenden Liberalen volle Redefreiheit in der Diskussion gewähren. — Wenn die Galiläagemeinde positiv wählt, ist die knappe liberale Majorität in der Kreissynode Berlin I stark gefährdet. Darum muß mit allen Mitteln versucht werden, diese knappe Mehrheit zu einer größeren und bleibenden zu machen. Pflicht eines jeden liberalen Mannes ist es, nicht nur in der Versammlung zu erscheinen, sondern auch demnächst durch Abgabe des Stimmzettels zu protestieren gegen jene Mächte, die, vielleicht ohne es zu wissen und zu wollen, aber doch unfehlbar und sicher durch ihr ganzes Tun und Gebaren es dahin bringen, daß die evangelische Kirche je länger, je mehr zu einem verunglückten Abklatsch der römisch-katholischen Kirche wird. Darum auf zum Kampf gegen Reaktion! Siegen muß die Wahrheit, die Freiheit, das Recht, das Licht! Galilaa muß liberal werden!

Die Eisenbahnvorlage im Abgeordnetenhause.

(68. Sitzung vom 6. Mai).

Am Ministertisch v. Breitenbach.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Haarmann-Witten (Natl.) in üblicher Weise.

Eisenbahnanleihegesetz.

2. Tag.

Abg. **Feldmann** (Natl.) wünscht bessere Verbindungen für Soltau.

Abg. **Reiner-Ruhden** (kons.) bemängelt die Verkehrsverhältnisse der Städte Kolsen und Lutzen.

Abg. **Wunke** (Fortschr. Vp.) befürwortet die Elektrifierung der schlesischen Gebirgsbahnen. Er fordert eine Riesengebirgslängsbahn am Fuße des Riesengebirges entlang von Hermsdorf bis Schmiedeberg, die für die Sommerfrischler im mittleren Teil des Riesengebirges ein dringendes Bedürfnis sei.

Abg. **v. Bönn** (kons.) verlangt besseren Anschluß für die Strecke Bütow—Rontz an die Berliner Bahn.

Abg. **v. Flotwell** (fk.) wünscht Umwandlung der Strecke Marienberg-Altenstein in eine Hauptbahn.

Abg. **Hirsch**-Essen (natl.) begrüßt, daß die Strecke Meinerzhagen-Olpe in die Vorlage aufgenommen ist, da diese Bahn im Interesse des Sauer- und Siegerlandes dringend erforderlich sei, damit die Kleinindustrie von der Großindustrie nicht verdrängt wird.

Abg. **v. Baumbach** (kons.) tritt für Erbauung einer Linie Alsfeld—Grabenhausen und einer solchen von Herxfeld nach Bombach ein.

Abg. **Dr. Friedberg** (natl.) dankt für die Aufnahme der Strecke Wieleourg—Rostian in die Vorlage.

Abg. **Meyenschein** (kons.): Der Kreis Schlüchtern ist infolge auf Bahnbauten stiefmütterlich behandelt worden.

Abg. **Faßin** (Ztr.) wünscht den Bau von Nebenbahnen in Oberschlesien, besonders einer Linie Pleß—Pawlowitz. Eine bessere Schnellzugsverbindung Oberschlesien mit Breslau ist notwendig.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.) klagt über Vernachlässigung Pommerns infolge auf Bahnbauten.

Abg. **v. Schubert** (b. k. P.) wünscht Fortsetzung der Wuppertalbahn. Eine Verbindung Fischbach-Lauterecken ist wünschenswert.

Abg. **Klußmann** (natl.) klagt darüber, daß das Gebiet der unteren Weser keinen Anschluß an die Schnellzugsverbindungen Köln-Hamburg hat.

Abg. **Humann** (Ztr.) fordert bessere Anschlüsse für Gelsenkirchen.

Abg. **v. Eynatten** (Ztr.) fordert bessere Bahnverbindung der Städte Fürstenberg und Lichtenau.

Abg. **Tuercke** (kons.) führt Beschwerde über schlechte Behandlung der Stadt Herxfeld im Sommerfahrplan.

Abg. **vom Rath** (natl.) wünscht Fortsetzung der Linie Wetzlar—Gladbach. Für den Norden des Kreises Wetzlar ist Bahnverbindung eine Lebensnotwendigkeit, soll nicht Entvölkerung durch Ruin der Industrie eintreten.

Abg. **v. Kardorff** (fk.): Der Nachschnellzug Sagan-Lissa sollte auch in Frankstadt halten und der Fahrplan Lissa-Jarotschin gründlich verbessert werden. Unsere Kleinstädte bedürfen tüchtiger Förderung.

Abg. **v. Waldow** (kons.) bemängelt die schlechten Anschlüsse der Stadt Woldenberg an die Berliner Abendschnellzüge.

Weiter treten ein

Abg. **Dr. Röchling** (Natl.) für Eisenbahnprojekte im östlichen Teil des Saarreviers.

Abg. **Meyer zu Jerrendorf** (Natl.) für eine direkte Verbindung Münster—Bielefeld.

Abg. **Schaube** (Freik.) für einen besseren Verkehr zwischen Glogau und Breslau.

Abg. **Meyer-Diepholz** (Natl.) für bessere Verbindungen für Diepholz.

Abg. **Sältemeyer** (Kons.) für Weiterführung der Strecke Nienburg—Rehden.

Abg. **Lüdicke** (Freik.) für Einführung des Vorortverkehrs auf der Lehrter Bahn.

Abg. **v. Böhlendorff-Kölpin** (Kons.) für eine Linie Ducherow—Ückermünde—Ziegenort.

Abg. **Hoeveler** (Ztr.) für Fortsetzung der Linie Jülich-Thalheim.

Abg. **Neiser** (freik.) für Bahnen für die Stadt Usler.

Abg. **Dr. Piesch** (Sp.): Im Interesse des Touristenverkehrs möchte ich bitten, die Sonntagskarten wieder wahlweise zu gestalten und bei Doppelfeiertagen auch nicht immer so ängstlich zu sein und diese Karten immer nur für diesen einen Feiertag auszugeben. Möge die Verwaltung dem wachsenden Bedürfnis nach besserer Ermöglichung von Ausflügen in die Umgebung der Städte Rechnung tragen, das liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung, aber auch der Eisenbahn selbst. (Beifall.)

Abg. Dr. **Schröder**-Cassel (natl.) wünscht bessere Verbindungen von Cassel nach München und Cassel-Bebra.

Abg. **Tourneau** (Ztr.) verlangt bessere Verbindungen von Magdeburg nach Hildesheim und nach Heiligenstadt.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Montag 11 Uhr vertagt.

Die Reichsversicherungsordnung im Reichstage.

(Schluß der 168. Sitzung.)

Bei § 105 wird einstimmig ein Kompromißantrag Schultz angenommen, der auch für die Wahl der Beisitzer beim Reichsversicherungsamt die Verhältniswahl einführt.

Die §§ 135 und 136 handeln von der

Ärztlichen Behandlung.

Der § 136 wird auf Grund eines Kompromißantrages Trimborn (Zentr.), Schickert (Kons.) und Hausmann (Natl.) in folgender Fassung angenommen: Bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten kann die Behandlung außer durch Zahnärzte mit Zustimmung des Versicherten auch durch Zahntechniker erfolgen. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt, wieweit auch sonst Zahntechniker bei solchen Zahnkrankheiten selbständige Hilfe leisten können. Sie kann bestimmen, wieweit dies auch Heilbiener und Heilgehilfen tun können. Sie bestimmt ferner, wer als Zahntechniker im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist.

§ 162 handelt

von dem Ortslohn.

Die Sozialdemokraten verlangen die Festsetzung für erwachsene männliche Arbeiter auf mindestens drei Mark, für weibliche auf zwei Mark.

Abg. **Brey** (Soz.) begründet den Antrag unter Angriffen auf die Agrarier eine halbe Stunde lang. Er spricht von einer „Karrikatur" von Lohn. Die Mehrheit möge sich zu der Sache äußern. Sie treibe passive Resistenz, sie scheine an Mundseuche, an Mundsperre zu leiden.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) begründet den Antrag in sachlicheren Ausführungen.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) erwidert in einer persönlichen Bemerkung auf Brey, der ihm vorgeworfen hatte, er habe gelacht, als Brey von ganz minimalen Krankengeldbeträgen sprach. Er habe sich an der allgemeinen Heiterkeit beteiligt über den Sprachfehler Karrakako-Karrikakatur-Kirak-Karrakakkatur. (Große Heiterkeit).

Abg. **Ledebour** (Soz.) Damit hat er Sie gemeint.

Abg. **Behrens**: Nein, Sie!

Abg. **Ledebour**: Faule Retourkutsche!

Vizepräsident **Schultz**: Herr Ledebour, wir wollen in der Reichsversicherungsordnung fortfahren.

§ 169 betrifft

die ausländischen Arbeiter.

Nach dem Kommissionsbeschluß können die Bestimmungen über die Renten usw. auf die Arbeiter aus solchen Staaten Anwendung finden, die in ihrer Versicherungsgesetzgebung Gegenseitigkeit leisten. Die Sozialdemokraten beantragen obligatorisch durchweg alle ausländischen Arbeiter den deutschen gleichzustellen, falls in dem betreffenden Staat die Ausländer nicht schlechter behandelt werden als die Inländer. Der Antrag wird nach längerer Aussprache zwischen dem Sozialdemokraten **Hue**, **Schmidt**-Berlin und **Molkenbuhr** sowie dem Ministerialdirektor **Caspar** abgelehnt, ebenso die sonst noch von den Sozialdemokraten zum ersten Buch gestellten Anträge.

Die Krankenversicherung.

Mit § 177 beginnt das zweite Buch über die Krankenversicherung. Berichterstatter für dieses Buch ist Abg. Hornlein (Natl.) Neu in die Krankenversicherung einbezogen werden die landwirtschaftlichen Arbeiter sowie die Dienstboten. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in gehobener Stellung sind sämtlich versicherungspflichtig, wenn die Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet. Die Versicherungsgrenze ist wie bisher 2000 Mark. In erster Lesung hatte die Kommission die Grenze auf 2500 Mark erhöht, diesen Beschluß aber hernach umgestoßen. Die Sozialdemokraten beantragen die Versicherungsgrenze auf 5000 Mark zu erhöhen sowie alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen sowie die selbständigen Gewerbetreibenden innerhalb dieser Grenze der Versicherung zu unterstellen.

Abg. **Büchner** (Soz.) spricht für den Antrag.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Der § 180 der Vorlage sah vor, daß der Bundesrat allgemein oder in einzelnen Bezirken die Versicherungspflicht für bestimmte Berufszweige auf Gewerbtreibende und andere Arbeitgeber solle erstrecken können, die regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Die Kommission hat den Paragraphen gestrichen. Ein Wiederherstellungsantrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Ebenso hat die Kommission den § 181 gestrichen, wonach der Gemeindeverband mit Zustimmung des Oberversicherungsamts die Versicherung statutarisch auf Familienangehörende des Arbeitgebers sollte ausdehnen können, die ohne Entgeld und Arbeitsvertrag im seinem Betriebe tätig sind. Bei der Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten auf Wiederherstellung dieses Paragraphen bezweifelt Abg. **Bebel** (Soz.) die Beschlußfähigkeit und das Bureau schließt sich diesem Zweifel an. Die Sitzung muß also abgebrochen werden. Montag 12 Uhr Weiterberatung.

Biomalz und das Paradies.

Hätt' Adam Biomalz gekannt,
Wär er ins Unglück nicht gerannt.
Vereitelt wär' der Schlange List,
Weil Biomalz das Beste ist.
Auch Eva hätte sicherlich
Für Biomalz begeistert sich;
Sie hätte Biomalz geschluckt
Und nach dem Apfel nicht geguckt.

Sie wär'n im Paradies geblieben
Und von dem Engel nicht vertrieben.
So wär' geworden Biomalz
Verhinderin des Sündenfalls.
Doch Biomalz, das baut noch heut'
Ein Paradies für kluge Leut',
Weil es Gesundheit, Schönheit, Kraft
Und frohen Sinn im Hause schafft.

Fr. Lorentzen.

Biomalz hat sich bei meiner Frau und beiden Söhnen vorzüglich bewährt, ja sein Fehlen hat sogar bei dem älteren Nachteile bei den Verdauungsvorgängen gezeitigt. Sanitätsrat Dr. Freiherr v. B.

Ich ermächtige Sie, zu sagen, daß ich mit Ihrem Biomalz recht zufriedenstellende Resultate erzielt habe und es ständig in meiner Klinik verwenden werde. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. S.

Ich habe Biomalz in meiner Familie verwendet und bitte daher nochmals um 3 große Dosen per Nachnahme. Dr. v. Sch.

Sie wünschen zu wissen, welche Erfahrung ich mit den Biomalzdosen, die Sie mir zu Versuchszwecken gütigst zusandten, gemacht habe. Ich kann Ihnen kurz und bündig antworten: Recht gut! Deswegen habe ich es auch zweimal nachbestellt. Zwei Mitglieder meiner Familie gebrauchen es jetzt noch und werden es noch auf Monate lang gebrauchen, da ich festgestellt habe, daß es ihnen beiden ungemein gut tut. Dr. M. L. M.

Man erhält für 1 Mark die kleine, für 1,90 Mark die große Dose in Apotheken, Drogenhandlungen und Reformhäusern. — Manche Wiederverkäufer empfehlen aus eigennützigen Motiven etwas anderes als angeblich „ebenso gut". Wie seltsam! Wenn ein beliebiges anderes Produkt „ebenso gut" wäre, warum nehmen dann Professoren und Aerzte, Königliche Kliniken, Rennfahrer, Hungerkünstler Biomalz und nichts anderes. Man lasse sich nicht beirren und wende sich lieber, wo nicht erhältlich, an die unterzeichnete Fabrik, die die nächste Bezugsquelle nachweist. — Prospekt nebst Kostprobe versendet völlig kostenlos: Chem. Fabrik Gebr. Patermann, Friedenau-Berlin 92.